

Länderbericht Hessen

zur 20. Jahrestagung der Integrationsforschung vom 15. – 18. Februar 2006 in Rheinsberg

1) Gesetzliche Regelungen und bildungspolitische Tendenzen hinsichtlich des gemeinsamen Unterrichts

Das neu gefasste Hessische Schulgesetz vom 14. Juni 2005 hat in Bezug auf den gemeinsamen Unterricht keine Änderungen gebracht.

In Hessen hat sich ein flexibles, integratives Fördersystem entwickelt, in dem sich neben den Förderschulen, die ambulante Förderung (vorwiegend im Bereich der Sprachheilpädagogik, der Erziehungshilfe und der begleitenden Hilfe für sinnesbeeinträchtigte Kinder und Jugendliche) und der gemeinsame Unterricht etabliert haben.

In den letzten Jahren haben sich zahlreiche Formen der Kooperation zwischen den verschiedenen Schulformen entwickelt. Der gemeinsame Unterricht wirkt nach wie vor in hohem Grad innovativ auf die Strukturen von Schule und Unterricht. Viele hessische Schulen – auch im Sekundarstufenbereich - betrachten den gemeinsamen Unterricht inzwischen als Erweiterung ihrer Kompetenzfelder und als festen Bestandteil ihres Schulprogramms.

Behinderte Kinder und Jugendliche ohne sonderpädagogischen Förderbedarf besuchen die allgemeine Schule. In Abhängigkeit von der Behinderung findet der Erlass „Nachteilsausgleich“ vom 19. Dezember 1995 (ABl. 2/96, S. 77¹) Anwendung. Ein solcher „Nachteilsausgleich“, der bei der Schulleitung beantragt wird, besteht aus geeigneten Maßnahmen zum Schutz behinderter Schülerinnen und Schüler (z.B. verlängerte Arbeitszeiten bei Klassenarbeiten, spezifisch gestaltete Arbeitsblätter, spezifische Arbeitsmittel (Computer) oder mündliche statt schriftliche Prüfung) und darf in Arbeiten und Zeugnissen nicht vermerkt werden.

Bei Schülerinnen und Schülern mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf ist im Einzelfall unter räumlichem, sächlichem und personellem Vorbehalt die Entscheidung zu treffen, ob die Förderung im gemeinsamen Unterricht oder in den Förderschulen erfolgt.

¹ Der Erlass befindet sich derzeit in Überarbeitung zwecks Aufnahme eines Nachteilsausgleiches für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Schwierigkeiten beim Lesen, Rechtschreiben oder Rechnen aufgrund des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 4. Dezember 2003.

Der Auftrag der präventiven Arbeit ist für alle allgemeinen Schulen im Hessischen Schulgesetz (§ 3 und § 50) festgeschrieben. Durch den landesweiten Ausbau von sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren (regionale und überregionale) soll die Vernetzung präventiver und integrativer Maßnahmen effektiver werden. Die Angebote im vorbeugenden schulischen Bereich sind flächendeckend vorhanden und so können noch mehr Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Förderbedarf an der Regelschule verbleiben und trotzdem qualifizierte Unterstützung erhalten.

Die Verordnung über die sonderpädagogische Förderung vom 22. Dezember 1998² sieht vor, dass ambulante Fördermaßnahmen an allgemeinen Schulen durchgeführt werden, wenn die allgemeine präventive Arbeit der Schule für eine angemessene Förderung einzelner Schülerinnen oder Schüler nicht ausreicht.

107 Förderschulen sind in den letzten zwölf Jahren in Hessen als sonderpädagogische Beratungs- und Förderzentren eingerichtet worden. Sie gestalten in enger Zusammenarbeit mit den allgemeinen Schulen Möglichkeiten einer vorbeugenden und integrativen Förderung und führen über das eigene Unterrichtsangebot hinausgehend eine ambulante Förderung für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf an der allgemeinen Schule durch. Sie verzahnen die Förderarbeit von allgemeiner Schule und Förderschule mit den spezifischen Hilfsangeboten von Frühförderung, Jugendhilfe, Gesundheitsamt und anderen sozialen Diensten. Damit soll erreicht werden, dass zunehmend mehr Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Förderbedarf an der allgemeinen Schule verbleiben können. 89 Beratungs- und Förderzentren sind regional organisiert und arbeiten mit allen Förderschulen des Schulamtsbezirks zusammen. Zu den 18 überregionalen Beratungs- und Förderzentren gehören z. B. die Schulen für Hörgeschädigte, für Blinde und Sehbehinderte.

2) Quantitative Entwicklung („Integrationsquote“ und Angaben zu relevanten Förderbereichen)

Im Schuljahr 2004/2005 befanden sich erstmals über 3000 Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht in Hessen. Die ministerielle Vorgabe, dass die Fortführung begonnener „Maßnahmen“ Vorrang vor der Errichtung neuer „Maßnahmen“ hat, führte dazu, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf in der Sekundarstufe I seit nunmehr vier Jahren stabil über 1000 liegt (vgl. Anlage: Entwicklung des gemeinsamen.....).

Sehr konstant liegt der Anteil der Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Unterricht gemessen an der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpä-

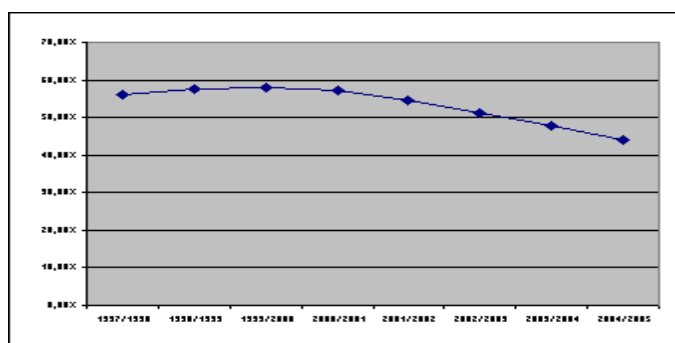
² Die Verordnung wird derzeit überarbeitet: Neben geringfügigen redaktionellen Änderungen, die sich aus der Schulpraxis ergeben haben, wird das Element der Förderplanarbeit verstärkt. Weiter wird der Umbenennung der Sonderschulen in Förderschulen Rechnung getragen.

dagogischen Förderbedarf bei neun bis zehn Prozent:

	1995/1996	1996/1997	1997/1998	1998/1999	1999/2000
Schülerinnen mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf — gesamt	21.512	22.136	23.031	24.063	25.021
davon: gemeinsamer Unterricht	1.986	2.024	2.168	2.470	2.565
in Prozent	9,23 %	9,14 %	9,41 %	10,26 %	10,25 %
	2000/2001	2001/2002	2002/2003	2003/2004	2004/2005
Schülerinnen mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf — gesamt	25.987	27.389	28.397	29.196	29.662
davon: gemeinsamer Unterricht	2.593	2.735	2.818	2.870	3.030
in Prozent	9,98 %	9,99 %	9,92 %	9,83 %	10,22 %

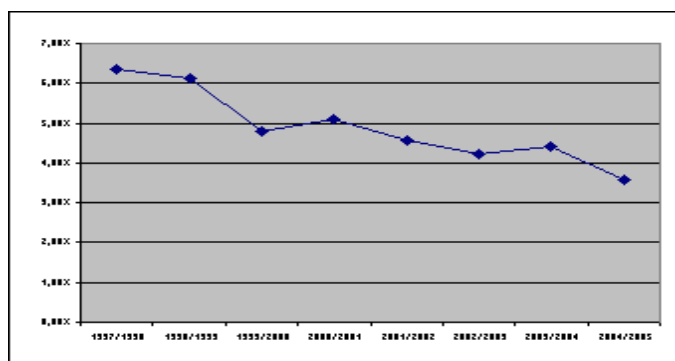
Den größten Anteil im gemeinsamen Unterricht stellen nach wie vor die Schülerinnen und Schüler mit **Lernhilfe**bedarf. Allerdings ist hier ein deutlicher Rückgang bei der Quote zu beobachten:

1997/1998	1998/1999	1999/2000	2000/2001	2001/2002	2002/2003	2003/2004	2004/2005
56,09%	57,61%	57,89%	57,08%	54,52%	51,35%	47,94%	43,89%



Auch bei den Schülerinnen und Schülern mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf im Sinne der Schule für **Praktisch Bildbare** gehen die Zahlen seit Jahren stetig zurück:

1997/1998	1998/1999	1999/2000	2000/2001	2001/2002	2002/2003	2003/2004	2004/2005
6,37%	6,11%	4,80%	5,09%	4,57%	4,22%	4,43%	3,56%



Dieser „schleichende“ Prozess führt dazu, dass die Quote der lernzieldifferent unterrichteten Schülerinnen und Schüler (Lernhilfebedarf und Praktische Bildbarkeit zusammen) innerhalb der letzten acht Jahre von 62,46 % auf 47,45 % zurückgegangen ist.

Geschuldet wird dies einer Entwicklung, die immer deutlicher wird:

Im gleichen Zeitraum (1997/98 – 2004/05) ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf im Sinne der Schule für Erziehungshilfe von 11,53 % auf 26,20 % gestiegen.

Zum Ausdruck kommen hier auf der einen Seite der Wunsch nach umfassender Präventionsarbeit mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche mit schwierigem Verhalten in ihrer gewohnten Umgebung zu belassen, und auf der anderen Seite ein wachsender Problemdruck und die Suche nach Hilfe und Unterstützung im Umgang mit diesen Schülerinnen und Schülern.

Die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs im Sinne der Schule für Erziehungshilfe und die Aufnahme dieser Kinder im gemeinsamen Unterricht erscheint vielen Schulen als letzte Möglichkeit, sich Förderschulkompetenzen an die allgemeine Schule zu holen.

Hessen hat für die nächsten drei Schuljahre 105 neue Lehrerstellen für Förderschulpädagogen mit dem Schwerpunkt „Erziehungshilfe“ eingerichtet, um die allgemeine und berufliche Schule professionell in ihrer schulischen Erziehungsarbeit zu unterstützen.

Entwicklung des gemeinsamen Unterrichts in Hessen seit 1991/1992

- Stand: Oktober 2005 -

	91/92	92/93	93/94	94/95	95/96	96/97	97/98	98/99	99/00	00/01	01/02	02/03	03/04	04/05	05/06
Stellenpool Lehrer(innen)	102	202	302	402	452	502	552	552	552	552	552	552	552	543,5	537,5
Grundschule Schüler(innen)	413	775	1.142	1.458	1.774	1.727	1.587	1.709	$\frac{1657}{+ 54 p^1}$ 1711	$\frac{1566}{+ 67 p}$ 1633	$\frac{1624}{+ 67 p}$ 1691	$\frac{1688}{+ 63 p}$ 1751	öffentl. und privat 1796	öffentl. und privat 1846	liegen noch nicht vor
Sekundarstufe Schüler(innen)	73	78	114	144	212	297	581	761	$\frac{847}{+ 7 p}$ 854	$\frac{938}{+ 22 p}$ 960	$\frac{1026}{+ 18 p}$ 1044	$\frac{1047}{+ 20 p}$ 1067	öffentl. und privat 1074	öffentl. und privat 1184	liegen noch nicht vor
gesamt	486	853	1.256	1.602	1.986	2.024	2.168	2.470	$\frac{2504}{+ 61 p}$ 2565	$\frac{2504}{+ 89 p}$ 2593	$\frac{2650}{+ 85 p}$ 2735	$\frac{2735}{+ 83 p}$ 2818	öffentl. und privat 2870	öffentl. und privat 3030	liegen noch nicht vor

¹ Die mit „p“ gekennzeichneten Zahlen beziehen sich auf die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht an Privatschulen. Diese Angaben wurden bis 1998/1999 nicht gesondert erhoben.